

Tod den USA-Imperialisten —

Das VOLK von Vietnam wird siegen

REVOLUTIONÄRE SOLIDARITÄT MIT VIETNAM

Vor kurzem veranstaltete das "Internationale Komitee für Solidarität mit Vietnam" in Innsbruck eine Solidaritätsdemonstration für das vietnamesische Volk. An der Veranstaltung beteiligten sich ca. 150 Arbeiter, Studenten und Schüler. Die Demonstranten marschierten durch die Innenstadt, um die Bevölkerung darauf aufmerksam zu machen, dass die Kriegshandlungen der amerikanischen Aggressoren in Vietnam mit unverminderter Grausamkeit weitergehen und die sogenannten "Friedensgespräche" in Paris u.a. dazu dienen sollen, die öffentliche Meinung der Welt abzulenken und die internationale Protestbewegung gegen den US-Imperialismus einzudämmen. Die fortschrittliche Innsbrucker Jugend führte bei der Demonstration Fackeln, Plakate, Bilder von Ho Tschí-minh sowie Transparente mit, auf denen Losungen angebracht waren wie: "Kämpft gegen die US-Aggressoren!", "Unterstützt den Freiheitskampf des vietnamesischen Volkes!", "Das Volk von Vietnam wird siegen!".

Die Demonstration machte starken Eindruck auf die Bevölkerung von Innsbruck und die Kunde davon verbreitete sich weit über die Grenzen Tirols hinaus. Die "Volksstimme" versuchte deshalb, die Veranstaltung für sich zu reklamieren, sich mit fremden Federn aufzuputzen. Dies, obwohl die revisionistischen KPÖ-Führer bekanntlich alles tun, um die von den Kreml-Renegaten betriebene Politik des Verrats an der vietnamesischen Revolution zu unterstützen und für den "Friedens"betrug der US-Imperialisten Stimmung zu machen. In Wahrheit hat das "Internationale Komitee für Solidarität mit Vietnam" nichts mit den Revisionisten gemein. Seine Gründer, ideologischen Inspiratoren und aktivsten Kräfte sind die Innsbrucker Marxisten-Leninisten, die einen konsequenten Kampf gegen den Revisionismus führen.

Das Innsbrucker "Solidaritätskomitee" hat durch seine Rührigkeit grosse Popularität gewonnen. Es führt Geld- und Medikamentensammlungen durch (über eine dieser Aktionen, die gemeinsam mit uns unternommen wurde, berichteten wir in "Der Kommunist" Nr. 14, S. 15), hat eine stark besuchte Vietnam-Ausstellung in Innsbruck veranstaltet und gibt ein Informationsbulletin heraus, das sich immer mehr auch mit den ant imperialistischen Befreiungskämpfen in anderen Ländern beschäftigt.

ALLES FÜR DEN VOLLEN SIEG!

"Die 31 Millionen Vietnamesen in Nord und Süd sind entschlossen, zu kämpfen und zu siegen, Schulter an Schulter zusammenzustehen, im Kampf auszuharren, dem US-Imperialismus noch schwerere Schläge zu versetzen und den völligen Sieg zu erringen", sagte der Vizepräsident des Afro-Asiatistischen Solidaritätskomitees von Vietnam, Hoang Minh-giam, auf einer Kundgebung in Hanoi aus Anlass des 19. Jahrestags der vietnamesischen Widerstandsbewegung gegen den US-Imperialismus (19.3.). Phung Van-gung, der Leiter einer Delegation der südvietnamesischen Nationalen Befreiungsfront (NFL), die derzeit in der DRV weilt, betonte, dass die Südvietnamesen "koste es, was es wolle, ihre heilige Pflicht, den amerikanischen Aggressionskrieg völlig zu zerschlagen, den Süden zu befreien, den Norden zu verteidigen und eine friedliche Wiedervereinigung des Vaterlandes herbeizuführen, entschlossen erfüllen werden".

Das ZK der NFL rief aus Anlass des Gedenktags die Streitkräfte und die Bevölkerung von Südvietnam auf, ihren heldenhaften Kampf zu verstärken, noch mehr amerikanische, Marionetten- und Satellitentruppen zu vernichten, um im Kampf gegen die US-Aggression und für die Rettung der Nation den endgültigen Sieg zu erkämpfen.

"DER KOMMUNIST", Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (M-L)
Eigentümer: Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten),
Herausgeber und Verleger: Jocha Alfred, alle: 1200 Wien, Dresdnerstraße 48/4/7. Für den Druck und Inhalt verantwortlich: Treitl Herbert, 1020 Wien, Caerningasse 15/2
P.b.b.. Verlagspostamt 1200 Wien, Erscheinungsort Wien.

DER KOMMUNIST

April 1969
Nummer 26

Zentralorgan der Vereinigung
Revolutionärer Arbeiter Österreichs (M-L)

Einzelpreis: S 3,--
Jahresabo : S 30,--

Auf dem revolutionären Weg vorwärts!

Die Entwicklung der Dinge in einer raschlebigen Zeit lässt nicht zu; dass wir Rückblicke halten über zwei Jahre des Bestehens unserer Zeitung. Dazu lassen uns die Ereignisse keine Zeit. Wenn wir aber diese Ereignisse betrachten, so bestätigen sie eines: Die Richtigkeit unseres eingeschlagenen Weges, die Richtigkeit unserer Tätigkeit und die Richtigkeit unserer Einschätzungen. Die Erfahrungen muss man zusammenfassen und daraus lernen.

Wir sind weit davon entfernt, in Illusionen zu verfallen und alles, was unsere Entwicklung betrifft, im rosigen Licht zu sehen. Wir wissen, dass es Schwächen und Mängel gibt und Fehler begangen wurden. Wir wissen vor allem, dass der Klassenfeind mit allen möglichen Mitteln versuchen wird, die Entwicklung der marxistisch-leninistischen Bewegung in unserem Land aufzuhalten. Gerade diese Tatsache unterstreicht aber die Bedeutung unserer Erfolge. Ausschliesslich gestützt auf unsere eigene Kraft haben wir eine revolutionäre Arbeiterorganisation geschaffen, die bereits in drei Bundesländern gut funktionierende Landesgruppen hat, haben wir vor wenigen Tagen unser Organisationslokal eröffnet und wird unsere Tätigkeit international in stets zunehmendem Masse anerkannt. Das konnte nur erreicht werden, weil wir trotz aller Schwierigkeiten unbeirrbar den Weg des Marxismus-Leninismus, der Ideen Mao Tse-tungs gegangen sind.

Die Imperialisten mit den amerikanischen an der Spitze, sowie die Revisionisten mit ihrem Zentrum in Moskau, geraten in immer tiefere Widersprüche,

Aus dem Inhalt:

Seite	
3	"Heißer Draht", die "Schatzinsel im Ussuri" und andere Aktualitäten
7	Eier und Erdöl
8	Entartung des ÖGB
9	Keine Stimme den Verrätern
10	Tiroler Landesgruppe gegründet
12	Ein "unwrtwüstlicher Genosse und andere Leser schreiben
15	Albaniens Jubiläumsjahr
17	Betriebsbesetzungen gegen Abbau in Italien
18	Brief aus Holland

Die Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten) begrüsst aufs wärmste den 9. Parteitag der von Genossen Mao Tse-tung geführten glorreichen KP-Chinas.

Dieser Parteitag ist von gewaltiger Bedeutung für die gesamte kommunistische Weltbewegung. Wir wünschen ihm grössten Erfolg zum Nutzen der Weltrevolution der ausgebeuteten Volksmassen und unterdrückten Nationen gegen Imperialismus, Kapitalismus und modernen Revisionismus!

sowohl mit den unterdrückten Volksmassen als auch untereinander. Je zweifelter sie um die Behauptung ihrer Macht ringen, desto aggressiver werden ihre Handlungen. In der Wahl ihrer Mittel gibt es keine Unterschiede mehr. Die bewaffnete Provokation der russischen Machthaber gegen das sozialistische China hat die Verräter im Kreml ihrer letzten Maske entledigt.

Der Imperialismus und alle Reaktionäre sind Papiertiger, und auch die Revisionisten sind Papiertiger. Und je mehr sie ihre konterrevolutionären Angriffe verstärken, desto früher wird ihr Untergang da sein.

Österreich kann sich der Gesetzmässigkeit der kapitalistischen Entwicklung nicht entziehen. Auch bei uns verschärfen sich die Klassengegensätze von Tag zu Tag; die Gefahr, dass unser Volk als imperialistisches Werkzeug missbraucht wird, wächst immer mehr. Die "Neutralität" Österreichs steht nur auf dem Papier, ist nur eine Scheinneutralität.

Die Marxisten-Leninisten, alle revolutionären Kräfte müssen sich bewusst sein, dass man alle Anstrengungen machen muss, um der Masse der werktätigen Menschen unseres Landes die Situation zu erklären. Wenn wir nicht imstande sind, sie auf den revolutionären Weg zu bringen, wird sie unweigerlich irregeführt und eine leichte Beute der ärgsten Reaktion werden.

Der Olah-Prozess hat einen Zipfel des Schleiers gelüftet und gezeigt, wie die Reaktion vorzugehen gedenkt, wenn für sie Gefahr droht. Er hat aber weiter den Fäulnisprozess aufgezeigt, in dem sich die sogenannten Arbeiterparteien SP und KP befinden; hat gezeigt, wie der Gewerkschaftsbund gewissenlos manipuliert wird, alles im Interesse der Anhäufung persönlichen Reichtums, letzten Endes im Interesse kapitalistischer Profite.

Von der ÖVP angefangen, über FPÖ, SPÖ bis zur KPÖ, sind die Manager aller Parteien gegenwärtig bemüht, der Bevölkerung ein Entscheidungsrecht bei "Wahlen" einzureden. Es geht ja wieder um Mandate. Das heisst um Einfluss, Posten, Pfründen etc. für die diversen Herrschaften. Denn ändern an den Verhältnissen in Österreich, ändern zugunsten der arbeitenden Menschen, kann und will keine dieser Parteien etwas. Im Gegenteil! Alles, was an Programmen und Zielsetzungen vorgelegt wurde, garantiert nur eine verstärkte Macht des Kapitals, garantiert die Profite auf Kosten der werktätigen Bevölkerung.

Bei allen Wahlen dieses Jahres und auch bei den Nationalratswahlen, gibt es für uns nichts zu wählen. Durch unsere Stimmenabgabe wollen sie nur die "Berechtigung" erhalten, weiterhin gegen uns regieren zu können.

Sie wollen uns etwas vorschwindeln, wollen "Demokratie" vorgaukeln, um uns dann, sozusagen in unserem Namen, noch besser und noch mehr beherrschen und aussackeln zu können.

Die Wahlen sind Schwindelwahlen! Daher rufen wir auf: Boykottiert diese Wahlen, gebt ihnen durch eure Stimme nicht das Recht, gegen euch zu regieren. Protestiert gegen die herrschende Klasse durch Stimmenthaltung!

Gehen wir den revolutionären Weg: Demonstrieren wir am 1. Mai bei der Kundgebung der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs. Demonstrieren wir gegen Unterdrückung, Lohnraub, Willkür der Herrschenden, gegen das ganze "Establishment", für die sozialistische Revolution in Österreich!

Aktuell

DIENER ZWEIER HERREN

Im Zuge ihrer bewaffneten Angriffe auf die Grenzgebiete Chinas haben die konterrevolutionären Machthaber Moskaus eine politisch diplomatische Aktion unter der Losung "Am Ussuri wird Europa verteidigt" gestartet. D.h. klar ausgesprochen: wird die Welt des Kapitalismus und Imperialismus verteidigt.

Bei dieser Aktion liessen und lassen die revisionistischen Verräter, die vor einer Rebellion der Sowjetvölker zu zittern beginnen, ihre letzten Masken fallen. Sie schickten ihre Diplomaten aus, um den reaktionären und imperialistischen Bourgeoisregierungen ihre antichinesische Aggression zu "erklären"! Das ganze wird nach altbekannter faschistischer Manier mit Rassenhetze begleitet (Wir Russen schützen die weisse Rasse gegen die "gelbe Gefahr"). Ihre ersten Besuche galten Washington (wo man um eine Zusammenkunft mit dem neuen US-Häuptling Nixon bettelte) und Bonn!

Im Rahmen dieser Aktion, mit der die Moskauer Führungselite der Weltreaktion und dem Weltimperialismus zeigen will, dass sie nicht nur treue Verbündete sind, sondern auch deren konterrevolutionärer Stosstrupp sein will, durfte natürlich Österreich nicht vergessen werden. Unser Land stellt ja, als neutral getarnt, ein wichtiges Verbindungsglied zwischen Washington und Moskau dar. Nicht zufällig sitzt die Atombehörde in Wien und geht ein neuer "heisser Draht" über unsere Hauptstadt.



DIE „HEISSE“ VERBINDUNGSSTELLE im Fernmeldeamt auf dem Schillerplatz in Wien: Hier läuft die seit einigen Tagen geschaltete Fernschreibdirektion New York - Moskau

Österreichs Bourgeoisie und ihre Regierung ist voll auf dem Posten. Wenn es um die Erhaltung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und gegen die sozialistische Revolution geht, ist man gerne auch Diener zweier Herren. Für sie sind aus den bösen Russen waschechte "Gentlemen" geworden, denen gerne die Rolle der Verteidiger Europas gegen einen "Tatarensturm" bescheinigt wird ("Die Presse").

Und so wirft man sich, quasi alles verzeihend, an die Brust des neugebackenen Verteidigers des "christlichen Abendlands" in Moskau! Man beeilt sich, den neuen Herren zu versichern, ihnen jede Hilfe in ihrem Kampf gegen die "Chinesen" angedeihen

zu lassen. Im aussenpolitischen Ausschuss wurde am 14. März die Frage der Beziehungen Österreichs zur VR China "vertagt" und wurden die Ausführungen von Ausserminister Waldheim sowie die von Pittermann und Gorbach für "vertraulich" erklärt. Eine Debatte im Nationalratsplenum wurde als "nicht angebracht" bezeichnet.

Hinter dieser Geheimhaltung steckt nichts anderes als der Auftrag Moskaus, den Botschafter Podzerob Ausserminister Waldheim überbracht hat, sich bei den Beziehungen mit China zurückzuhalten.

Und als braver Diener zweier Herren verzichtet die österreichische Regierung auf die Wahrnehmung österreichischer Interessen durch die Ausweitung der Beziehungen zur VR China. Sie ratifizierte aber dafür in gar nicht

österreichischem Schnellzugstempo den Atomsperrvertrag, der den US-Imperialisten und den russischen Revisionisten ein Atommonopol sichern soll. Und die revisionistische "Volksstimme" (19. März) "erfährt" sogar "aus Kreisen des Ausserministeriums", dass dort das Ergebnis der Budapester Konferenz der Warschauer-Pakt-Staaten "studiert" wird, wo die Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz verlangt wurde. Und diese streben die russischen Verräter an, weil sie sich den Rücken bei ihren Aggressionsabsichten gegen die VR China freihalten wollen.

KOSTBARKEITEN

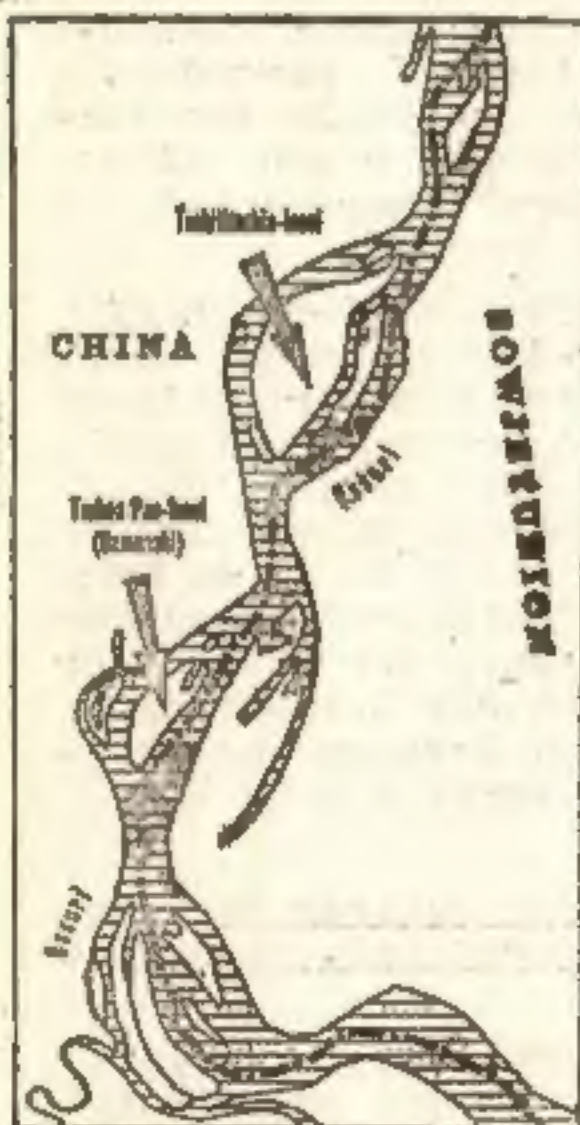
Zur Niederlage der "K" PÖ bei den Salzburger Landtagswahlen haben nach einem Eingeständnis der "Volksstimme" (Leitartikel vom 26. März) auch die Besetzung der CSR und die Provokation der russischen Renegaten gegen die VR China beigetragen. Die revisionistische Parteiführung bemüht sich daher, den Eindruck einer "neutralen" (oder "autonomen", wie sie es nennt) Haltung zu den "Kämpfen am Ussuri" zu machen. Andererseits muss sie aber der Kreml-Clique und der österreichischen Bourgeoisie zu Gefallen die russische Aggressionspolitik gegen das rote China propagandistisch abstützen. Versuche, sich aus diesem unlöslichen Widerspruch herauszuwinden, führen naturgemäss zu peinlichen Selbstenthüllungen.

Die österreichischen Revisionisten beziehen bekanntlich ihre Unkenntnis über China u.a. von Otto Janecek, der durch seine leichtgeschürzten Reportagen über Indonesien und Kuba eher als harmloser Spassvogel bekannt war, dann aber, als der weltweite Kampf zwischen Marxisten-Leninisten und modernen Revisionisten entbrannt war, die Feststellung Upton Sinclairs bestätigte: Man kann von niemand verlangen, dass er die Wahrheit schreibt, wenn er dafür bezahlt wird, das Gegenteil zu tun.

In der "Volksstimme" vom 20. März verfährt Janecek nach der bertüchtigten Methode der imperialistischen "Pekingologen", die auf Grund der Anwesenheitslisten bei offiziellen Feiern ihre "Horoskope" zu stellen pflegen. Janecek hat nun beispielsweise in einer solchen "Liste" den Namen des Stellvertretenden Vorsitzenden der VR China Tung Pi-wu vermisst und ihn somit als "liquidiert" hingestellt. Dabei hatte Tung Pi-wu erst am 17. März die Beglaubigungsschreiben des neuen DDR-Botschafters in Peking, Hertzfeldt, entgegengenommen! Aber der Artikel enthält noch mehr "Kostbarkeiten".

Janecek schreibt: "China beruft sich nun darauf, dass nach internationalem Brauch bei derartigen Flussgrenzen die Hauptschiffahrtsrinne eben die exakte Grenze bilde. Aber wo ist die Hauptschiffahrtarinne? Selbst die chinesische Karte zeigt, dass der Ussuri rechts und links von der Insel Damanski (chinesisch Dschenbao) die gleiche Breite aufweist. Die Chinesen verlegen (!) die Grenze rechts von der Damanski-Insel. Sie könnte ebenso logisch (!) links davon sein." Janecek tut dem Namen der Insel alle Ehre an (Dschenbao heisst "Kostbarkeiten"). Dieses Zitat selbst ist gleichsam eine "Schatzinsel". Lasst uns schürfen.

Edelstein Nr.1. Janecek weckt beim Leser Zweifel an der Rechtmässigkeit der chinesischen Berufung auf das Völkerrecht. Nun, um mit Goethe zu sprechen: Wozu in die Ferne schweifen? Sieh, das Gute liegt so nah. Im Friedensvertrag mit Ungarn vom Jahre 1947 wird festgestellt, dass die neue tschechoslowakisch-ungarische Grenze u.a. "längs der Hauptschiffahrtsrinne der Donau verläuft" (Art.I, Punkt 4,c.). Und in der beigefügten Kar-



tenskizze sieht man, dass diese Rinne manchmal in der Flussmitte, meistens aber in der Nähe des einen oder anderen Ufers verläuft, je nach der tatsächlichen Konfiguration des Flussbettes.

Edelstein Nr.2. Janecek lässt seinen Leser mit dem Mikrometerstab die Breite der Flussarme zu beiden Seiten der Insel nachmessen und will ihm weisen, dass die Schiffbarkeit nicht von der Tiefe der Rinne, sondern von der Breite abhängt! Vielleicht spendiert ihm seine Redaktion einmal eine kleine Donaufahrt, damit er sich die primitivsten Kenntnisse darüber aneigne?

Edelstein Nr.3. "Aber wo ist die Hauptschiffahrtsrinne?" fragt Janecek. Ja, wo ist sie wirklich? Auf der Hsinhua-Karte, auf die er sich beruft, ist sie durch eine dicke strichpunktierte Linie eingezeichnet (s.unsere Abbildung). Aber auf dem Nachdruck in der "Volksstimme" ist sie sorgfältig wegretouchiert!

Edelstein Nr.4. Janecek lässt es nicht bei dieser einen "Korrektur" bewenden. Er hat die zwischen Dschenbao und dem linken Ufer gelegene Insel Dschenbaohsi (deutsch "Westlich von Dschenbao") buchstäblich "untergehen" lassen, damit der Flussarm links von Dschenbao breiter erscheint. Damit zeigt er, dass er ein "Spezialist" nicht nur für China, für Völkerrecht und für Flussnavigation, sondern auch für Kartenfälschungen ist.

Selbst die russischen Sozialimperialisten müssen jetzt zugeben, dass die Insel Dschenbao immer von chinesischen Fischern und Bauern bewirtschaftet wurde, behaupten aber, sie hätten dies nur "geduldet". Und sogar die "A-Z" (vom 23. März) bestätigt, dass "die Chinesen im Recht sind. Dies vor allem schon deswegen, weil die Damanski-Insel auf der chinesischen Seite der Fährbahnrinne des Ussuriflusses liegt." Und die "A-Z" erklärt anschliessend, warum dennoch "die Russen bei uns (d.h. bei der österreichischen Bourgeoisie einschliesslich der sozialdemokratischen und revisionistischen Führer) mehr Sympathie erwecken"; weil sie sich nämlich "von den altstalinistischen Phrasen (d.h. vom Marxismus-Leninismus und proletarischen Internationalismus) freigemacht haben." Genau!

So konnten den die "K" PÖ-Führer nicht umhin, ihre "Neutralitäts"pose aufzugeben. "Die Schüsse am Ussuri", verkündete Muhri ("VSt", 30. März), "haben ihre Ursache... in einer Verletzung der Grundsätze des Sozialismus in China", das heisst also darin, dass die chinesischen Kommunisten nicht solche revisionistische "Grundsätze des Sozialismus" akzeptieren, wie sie Muhri, Fünberg & Co. von ihrer "autonomen (d.h. dem österreichischen Kapital genehmen) Position aus auf dem 19. und 20. Parteitag erarbeitet haben". Wozu musste sich dann der arme "Linke" Janecek so strapazieren?

BRAUCHT CHINA MEHR RAUM FÜR SEINE WACHSENDE BEVÖLKERUNG?

MAO TSE-TUNG SAGT: NEIN!

Es ist eine ausgezeichnete Sache, dass China eine grosse Bevölkerung hat. Sogar wenn sich die Bevölkerung Chinas auf ein Vielfaches erhöht, wird es trotzdem durchaus möglich sein, eine Lösung zu finden: Die Lösung ist die Produktion.

Mao Tse-tung

China ist ein Land von 9,6 Millionen Quadratkilometer Flächenausmass mit einer Bevölkerung von 600 Millionen, es hat daher einen relativ grossen Beitrag für die Menschheit zu leisten...In den internationalen Beziehungen müssen die Chinesen den Grossmachtchauvinismus entschlossen, gründlich, restlos und vollständig beseitigen.

Mao Tse-tung (November 1956)



Im Dezember 1949 kam Genosse Mao nach Moskau, um Genossen Stalin zum 70. Geburtstag zu gratulieren.

Die Freundschaft UdSSR-China war damals das feste Fundament der siegreichen kommunistischen Weltbewegung.

UNZERSTÖRBARE FREUNDSCHAFT

Die revisionistische Presse der Sowjetunion veröffentlicht ein rassistisches und chauvinistisches Hassgedicht gegen China von dem berüchtigten Jewtuschenko. In den Strassen Moskaus werden japanische Journalisten und vietnamesische Diplomaten insultiert, weil aufgeputschte Rowdies in ihnen Chinesen zu erblicken meinten. In China aber wird die revolutionäre Freundschaft zum sowjetischen Volk hochgehalten.

Die russische revisionistische Renegatenclique versucht, "mit dem Blut sowjetischer Soldaten ihre Aggression in die Tat umzusetzen"; sie hat somit "sowohl dem chinesischen wie dem sowjetischen Volk gegenüber eine Blutschuld auf sich geladen", schrieb das Organ der KP Chinas "Renmin Ribao" am 11. März. Die Zeitung betont, dass "zwischen dem sowjetischen und dem chinesischen Volk eine tiefe Freundschaft besteht", und ruft den neuen Zaren, die China beschuldigen, antisowjetisch zu sein, zu: "Ihr habt den grossen Lenin verraten, die Heimat des Leninismus geschändet und die Ergebnisse der Oktoberrevolution begraben; ihr habt die kraftstrotzende Sowjetunion zu einem Land der Finsternis gemacht, wo der Kapitalismus wiederhergestellt ist. Was ist denn das, wenn nicht antisowjetisch?... Ihr Renegatenpack habt zustande gebracht, was der Imperialismus nicht vermochte, indem ihr in der Sowjetunion von innen her die konterrevolutionären Pläne des Imperialismus verwirklicht habt. Ihr seid die schlimmsten antisowjetischen Verbrecher der Welt und die tückischsten Feinde des Sowjetvolkes."

Die chinesische Presse bringt laufend Artikel von Arbeitern, Bauern und Soldaten, die die Sowjetunion besucht hatten, in denen die freundschaftlichen Gefühle der beiden Völker zueinander zum Ausdruck kommen. Der Soldat Fang De-tsai, der der Volksmiliz in einem Dorf am Ussuri angehört hatte, schrieb: "Ich habe mit meinen eigenen Augen gesehen, dass das Sowjetvolk dem chinesischen Volk gegenüber freundschaftlich gesinnt ist. Es hegt einen tiefen Hass gegen die revisionistische Renegatenclique der Sowjetunion." Der Artillerist Dschu Fan-hsiu berichtet: "Das Sowjetvolk liebt heiss die grossen Führer Lenin und Stalin und hält sie dauernd im Gedächtnis. Wir sind fest überzeugt, dass das von Lenin und Stalin erzogene Sowjetvolk, erfüllt von revolutionärem Geist, eines Tages sich erheben, mit der finsternen Herrschaft der revisionistischen Renegatenclique Schluss machen und die Diktatur des Proletariats wiederherstellen wird."

Eier und Erdöl



Die Regierung hat die Einhebung einer "Importabgabe" bei Eiern und Geflügel beschlossen. Welchen Zweck hat diese Massnahme: Die Einfuhr dieser Produkte soll verringert werden, um den Markt für die inländischen Produzenten zu sichern. Importeier und Importgeflügel waren jedoch billiger und wurden aus diesem Grund auch mehr gekauft. Diese Massnahme richtet sich gegen die arbeitenden Menschen, die jeden Schilling einigemal umdrehen müssen, bevor sie ihn ausgeben.

Die Regierung des Grosskapitals hat auch gleich eine "Begründung" bei der Hand: Der Landwirtschaft, die ja ohnedies in einer Krise steckt, soll geholfen werden. Unter Landwirtschaft verstehen die Herren aber nur die Grossgrundbesitzer und Grossbauern. Denn von den 400 Millionen Schillingen, die nach Schätzungen von Experten nun durch eine Erweiterung der inländischen Eier- und Geflügelproduktion von der Landwirtschaft verdient werden können, wird nur ein kleiner Teil auf die wirklich in der Krise befindlichen Kleinbauern fallen.

Für die Grossen in der Landwirtschaft gibt es in diesem Zusammenhang aber noch weitere 100 Millionen zu verdienen. Auf Grund von Verträgen kann der Import von Eiern und Geflügel nicht gänzlich gestoppt werden. Die Einnahmen aus der Importabgabe, geschätzt auf 100 Millionen und bezahlt von den werktätigen Österreichern, ist "zweckgebunden" als Subvention für die Ausfuhr von Rindern.

Wenn es um Höchstprofite geht, pfeifen die Kapitalisten auf ihre so oft und lautstark hinausposaunte "freie Marktwirtschaft". Weil Profit herauschaut, wird eben "gesetzlich" ihr vielgepriesenes Gesetz von "Angebot und Nachfrage" ausser Kraft gesetzt. Um diese Diktatur zu verschleiern, redet man eben mehr von "Demokratie" und "Freiheit" in der Hoffnung, die Arbeiterschaft wird's schon abnehmen.

Dieser Fall ist aber sehr gut geeignet, den Klassencharakter aller getroffenen Massnahmen in Österreich zu beweisen.

Beim Erdöl ist es gerade umgekehrt. Da werden die Erdölarbeiter mit allen nur möglichen Mitteln unter Druck gesetzt, um ihnen die sozialen Errungenschaften zu schmälern, Lohnreduzierungen aufzuzwingen und auch den Arbeitsplatz gefährdet erscheinen zu lassen. Und der Grund? Das billige ausländische Erdöl. Da gibt es keine "Importabgabe". So ein Gedanke wird entrüstet zurückgewiesen als "Gefährdung der freien Marktwirtschaft". Im Jahre 1970 werden die ausländischen Monopole zum Angriff auf die österreichische Erdölwirtschaft blasen. Die Leidtragenden sollen die Erdölarbeiter sein. Es wird für diese wichtig sein, dann an die "Importabgabe" für Eier und Geflügel zu denken.

Der Gewalt im Interesse kapitalistischer Höchstprofite kann nur Gewalt entgegengesetzt werden - für Arbeiterinteressen.

Erster Mai - Internationaler Kampftag

Gegen Faschismus und imperialistische Kriege - für die sozialistische Revolution!

Nieder mit den Arbeiterverrättern in der UdSSR! Es lebe der unbesiegbare Marxismus-Leninismus! Es leben die siegreichen Ideen Mao Tse-tungs! Es lebe die Weltrevolution!

Gegen die Herrschaft der Kapitalisten - für die Arbeitermacht!

"Mitbestimmung" - nein, Klassenkampf - ja!

Boykottiert die Schwindelwahlen! Kommt zur Maikundgebung der VRA!

Olah-Prozess

Der Olah-Prozess hat das wahre Gesicht der Gewerkschaftsbonzokratie und ihrer drei Fraktionen deutlich gezeigt. Denn die Führung hat von den Machenschaften eines Olah gewusst, hat sie gedeckt und hat "mitgespielt". Die OGB-Führung hat sich erst gegen Olah gewendet, als er nach Alleinherrschaft strebte, als er die Zeichen der Zeit, besser gesagt, die Zeichen der amerikanischen Imperialisten nicht erkannte. Und diese Zeichen lauteten ungefähr: Jetzt ist nichts mit einem Bandenkrieg gegen die Russen, Ungarn und Tschechen, jetzt ist es interessant, sich mit "denen drüben zu verständigen".

Der Olah-Prozess hat den arbeitenden Menschen in Österreich klar gezeigt, dass die Gewerkschaftsführung ihre Aufgabe nicht darin sieht, den Kampf der Arbeiter gegen die Kapitalisten zu führen, sondern darin, zu Diensten eben dieser Kapitalisten und ihrer obersten Schirmherren, den Amerikanern, zu sein.

Früher wurde diese Tatsache als sture Oppositionsmeinung abgetan. Heute ist das aber offenkundig und nicht mehr wegzuleugnen. Die Mitgliedsbeiträge der Arbeiter und Angestellten wurden und werden nicht für Kampffaktionen im Arbeiterinteresse verwendet, sondern letzten Endes sogar für Aktionen gegen sie.

Als die Kapitalisten in den fünfziger Jahren vor Angst vor den Arbeitern zitterten, da war flugs ein Olah da, um sie zu schützen. Er rüstete faschistische Banden aus und hatte Gewerkschaftsgelder in rauen Mengen, um arbeiterfeindliche Zeitungen aus der Taufe zu heben. In den sechziger Jahren aber, als sich herausstellte, dass in unseren Nachbarländern die revisionistischen Arbeiterverräter sich die Macht erschlichen hatten und dass die KPÖ zu einer Partei geworden war, bei der kommunistisch unter Anführungszeichen geschrieben werden musste, da wurde der "rauhe Krieger" Olah, der nebenbei noch "Herrschaftsansprüche" gestellt hatte, abserviert.

Seine wesentlich geschmeidigeren Nachfolger brachten es leicht zuwege, mit Muhri, Kodicek und Konsorten handelseins zu werden. Um einen Judaslohn, genau um acht Prozent des OGB-Millionenbudgets, das von der Gewerkschaftsführung zur Unterstützung der Parteien des kapitalistischen Systems bereitgestellt wird, handelte Benya von der Führung der Gewerkschaftlichen Einheit den Verzicht auf die Ideen der revolutionären Arbeiterbewegung ein.

Die KP-Fraktion in der Gewerkschaft, die Gewerkschaftliche Einheit, hat faktisch jeden wirklich wirksamen Kampf um die Tagesforderungen der Arbeiterschaft aufgegeben. Allerdings hat sie nun eine "Einheit" erreicht: Nämlich die "Einheit" mit den anderen "staatserhaltenden" sprich kapitalistenfreundlichen Fraktionen.

Ist es ein Wunder, wenn scharenweise Arbeiter und Angestellte angewidert die Gewerkschaft verlassen? Wenn sie von einer solchen Gewerkschaft nichts wissen wollen? Es besteht hier aber die grosse Gefahr, dass die Kapitalistenklasse und die in ihrem Dienst stehenden Massenmedien diese arbeitenden Menschen isolieren oder gar in reaktionäre, faschistische Organisationen hineinmanövrieren wollen, um so noch leichter die Offensive gegen die Arbeiter vorantreiben zu können.

In dieser kritischen Situation, angesichts des ungeheuren Arbeiterverrats der gesamten Gewerkschaftsbürokratie, in einer Situation, die entscheidend sein kann für die Zukunft der österreichischen Arbeiterklasse, ist es von entscheidender Bedeutung, dass sich alle klassenbewussten und kampfgewillten Werktätigen zu einer Kampffront zusammenschliessen. Gleichgültig, ob sie sich innerhalb oder ausserhalb der Gewerkschaft befinden. Gleichgültig, ob sie irgendwelchen Parteien oder Organisationen angehören oder nicht.

In einigen Betrieben haben sich unter aktiver Führung von Genossen unserer Vereinigung Revolutionärer Arbeiter bereits Gruppen gebildet, die den Kampf gegen die bürokratischen Gewerkschaftsbonzon aufgenommen haben. Scharf Euch

um diese Gruppen! Bildet an Eurer Arbeitsstätte neue revolutionäre Gruppen!

Dabei kommt es zunächst nicht so sehr auf feste organisatorische Formen an, sondern auf eine klare ideologische Ausrichtung. So kann die österreichische Arbeiterklasse aus ihrer Resignation herausgeführt und in eine Gegenoffensive gegen die Kapitalisten geführt werden.

WAHLEN:

KEINE STIMME DEN VERRÄTERN AM KOMMUNISMUS!

Seit 1945 haben die KPÖ-Führer den schon von Marx verhöhnten parlamentarischen Kretinismus gepflegt und damit, wie wir in unserer Grundsatzerklärung zeigten, die ideologische Entwaffnung der Kommunisten und die revisionistische Entartung der Partei betrieben. Doch je stärker dieser Entartungsprozess vor sich ging, desto mehr Wählerstimmen verloren die Herrschaften, und je mehr sie den bürgerlichen Parlamentarismus verherrlichten, desto lauter schallten die Watschen ihrer Wahlniederlagen. Das ist eben das unerbittliche Gesetz der Dialektik!

Bei den Wiener Gemeinderatswahlen von 1964 hatten es die Herren vom Höchstädtplatz nur der FPÖ und Herrn Strobl zu verdanken, dass sie noch im Rathaus bleiben konnten. Der FPÖ, weil ihr zuliebe die SPÖ, wie im Olah-Prozess abermals bekundet wurde, die 5%-Klausel eingeführt hat; dem Herrn Strobl, weil dieser damals noch die Marxisten-Leninisten beeinflussen konnte, für die Revisionisten zu stimmen, wodurch sie den "rettenden Überhang" von 20 Stimmen erhalten konnten (die Marxisten-Leninisten erhielten bei den Nationalratswahlen in einem einzigen Wiener Wahlkreis rund 500 Stimmen). Jetzt können die Herrschaften nicht mehr mit den Stimmen der Marxisten-Leninisten rechnen. Sie hoffen dafür die rebellisch gestimmten, aber mit den Bauernfängermethoden der Politikaster noch wenig vertrauten Jungwähler vor ihren hoffnungslos verfahrenen Karren einspannen zu können. Sie treiben ihre schamlose Demagogie so weit, offen zuzugeben, dass die Wahlen "nicht einen Deut an der Struktur der Gesellschaft ändern" können und dem Gemeinderat wie dem Parlament "nur mehr Scheinfunktionen zukommen", rufen aber dennoch zur Wahl von "Mandataren der linken Opposition" auf ("Volksstimme", 26. 2.). Dabei versteigen sie sich zu der schier unglaublichen Frechheit, die revolutionäre Parole Mao Tse-tungs "Rebellion ist berechtigt" für ihren dummen Trick zu missbrauchen!

Mit ihrer Losung "Zur (bürgerlichen) Demokratie gehört ("KP-)Opposition" haben sie selbst den wahren Sinn entlarvt, den eine "KPÖ-Opposition hätte: der Kapitalsdiktatur den Schein einer "Demokratie" zu wahren! Das ist eben die Funktion der revisionistischen Renegaten im Establishment, in das sie sich als "staatserhaltende Partei" eingegliedert haben. Davon zeugt nicht allein die Logik dieser Losung. Im Leitartikel der "Volksstimme" zu den Salzburger Wahlen (26. 3.) wird die gegenseitige Auswechselbarkeit von FPÖ, KPÖ und Olah-Partei als sozusagen behördlich konzessionierte "Opposition" offen zugegeben (und beklagt) sowie aus der "Süddeutschen Zeitung" zustimmend zitiert, dass "von allen Parteien peinlich vermieden wurde, was die biedereren Wohlstandsbewohner... erschreckt oder beunruhigt hätte".

"Rebellion ist gerechtfertigt". Jawohl, in diesem Satz kann man, wie Gen. Mao Tse-tung sagte, die tausend Wahrheiten des Marxismus zusammenfassen. Während der Kulturrevolution präzisierete er diesen Satz: "Rebellion gegen Reaktionäre ist gerechtfertigt".

Die "Volksstimme" rief jedoch (im Janacek-Artikel v. 20. 3.) die chinesischen Reaktionäre auf, gegen Mao Tse-tung, somit gegen den Marxismus, zu rebellieren. Damit zeigen die Herrschaften vom Höchstädtplatz mit nicht zu überbietender Deutlichkeit, auf welcher Seite der Barrikade sie stehen: auf der Seite der Konterrevolution gegen die Diktatur des Proletariats. Die entarteten KPÖ-Führer haben die einstmals revolutionäre Partei des österreichischen Proletariats zu einem Teil der schlimmsten Reaktion in unserem Lande gemacht. Deshalb lautet unsere Parole: Rebelliert gegen alle Reaktionäre, einschliesslich der entarteten "KPÖ! Keine Stimme den Verrätern am Kommunismus! Protestiert gegen das Establishment auf der Mai-Kundgebung der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (M-L)!

UNSERE ORGANISATION

ERFOLGE BERICHTE
ERFAHRUNGEN

ERKLÄRUNG DER GRUPPE DER MEHRHEIT IM ZENTRALKOMITEE DER MLPÖ LANDESORGANISATION TIROL

Im Sommer 1967 bestand die Landesorganisation Tirol der MLPÖ aus einem kleinen Kreis aktiver Genossen, welche wegen der grossen Entfernung nur in sporadischer Verbindung mit dem Wiener ZK ihre Aktivitäten entfaltete.

Bedingt durch diese lose Verbindung und den dadurch vorhandenen Informationsmangel, übernahm diese Gruppe im Herbst 1966 die Strobbsche Version der Zwischenfälle innerhalb der MLÖ, welche zum Ausschluss einiger Genossen führten.

Jedoch dauerte es nur ein Jahr, bis wir selbst hinter die Biedermeiermaske des I. Sekretärs der inzwischen zur MLPÖ avancierten MLÖ sehen konnten. 1967 stiess nämlich Richard Stecher, dem es gelang, uns für kurze Zeit die Mär seiner politischen Differenzen mit der KPÖ aufzubinden, zur Landesorganisation Tirol der MLPÖ.

Stecher wurde aber nicht wegen politischer Differenzen, sondern wegen Nichtbezahlung von Geldschulden seiner Funktionen in der KPÖ entbunden. Als er den Braten seiner Absetzung als Bezirkssekretär roch, nahm er Kontakte mit Strobl auf und versuchte, sich mittels ein paar revisionistischer Phrasen ein Alibi für seine spätere Tätigkeit innerhalb der MLPÖ zu schaffen.

Nach kurzer Zeit spürten wir aber am eigenen Leib, was wir uns mit seiner Aufnahme aufgehalst hatten. Wir bildeten ein Leitungskollektiv, das sich aus Mitgliedern und Kandidaten der MLPÖ zusammensetzte und die Aufgabe hatte, die bei Versammlungen vorgetragenen revisionistischen Fehler Stechers zu korrigieren. (Typisch für seine geistige Verbundenheit mit der KPÖ war z.B. seine These: "Wir kämpfen in erster Linie für ein demokratisches Wahlsystem.")

Wir glaubten anfangs, dass Strobl ebenso wie wir dem Täuschungsmanöver Stechers erlegen wäre, und luden ihn zu einer Aussprache ein. Als Strobl nach langem Zögern mit den Mitgliedern seines ZK nach Innsbruck kam, versuchten sie vergeblich, Genossen H. - das erste Tiroler Mitglied der Organisation - zu überreden, unter Druck zu setzen und zu erpressen. Sie lehnten es ab, das von allen Mitgliedern gewählte Leitungskollektiv anzuerkennen oder auch nur anzuhören.

Wir einigten uns schliesslich auf den Kompromiss, eine neue Leitungswahl unter Teilnahme aller Genossen, einschliesslich Stechers und der von ihm angeblich geworbenen Mitglieder durchzuführen.

Der vereinbarte Wahltermin war schliesslich erreicht, aber von Stecher und seinen Leuten war nichts zu sehen. Bald wussten wir, dass es zum endgültigen Bruch zwischen unserem Kollektiv und Stecher, Strobl und Vasallen gekommen war. Unser Kollektiv bereitete ein Rundschreiben mit der Darstellung der Ereignisse vor, und versandte es an alle ZK-Mitglieder der MLPÖ. Dieses Schreiben bewirkte, dass mehr als die Hälfte der Mitglieder im ZK der MLPÖ unsere Forderungen unterstützten. Strobl schloss daraufhin mit Hilfe seiner Höflinge die Mehrheit des Zentralkomitees aus dem ZK aus. Jedem dieser Genossen sandte er ein Schreiben mit folgendem Wortlaut: "Ich wurde beauftragt, Dir folgendes mitzuteilen: Das Zentralkomitee der MLPÖ hat e i n s t i m m i g beschlossen, Dich wegen schweren Bruches der Parteidisziplin mit sofortiger Wirkung auszuschliessen...."

Dies zeigt, dass Strobl sein eigenes Parteistatut mit Füßen tritt, sich nicht im geringsten darum bemüht, seine diktatorischen Ambitionen zu verdecken, und dass er ein immenser Hemmschuh für die Entwicklung der marxistisch-leninistischen Bewegung ist.

Im Anschluss an diese Ausschlussbescheide versuchten die ausgeschlossenen ZK-Mitglieder gemeinsam die Strobbschen Urteile zu revidieren und seine

Macht zu brechen. Aber infolge ihrer räumlichen Trennung und der Konzentrierung der wichtigen Kommunikationsmittel (Adressen, Druckmaschine, Zeitung) in den Händen der Strobbsclique, sowie der Resignation einiger Genossen, scheiterten alle diese Versuche.

Das Tiroler MLPÖ-Kollektiv blieb jedoch weiter aktiv suchte Anschluss an eine marxistisch-leninistische Bewegung. Dabei stiessen wir auf die Gruppen um die Zeitschriften "Funke" und "Der Kommunist". Nach einer in herzlicher Atmosphäre verlaufenen Aussprache im Vorjahr, die die vollständige Übereinstimmung der politischen Ansichten ergab, beschlossen wir nach gründlicher Überlegung und Analyse der Situation, uns der vor kurzem aus den Kollektiven der beiden Zeitungen hervorgegangenen Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs anzuschliessen.

Wir sind der Ansicht, dass wir gemeinsam schneller und besser in unserem Kampf um den Sozialismus vorankommen werden. Wir wollen nach der Vorarlberger Landesorganisation der VRA die nächste Landesorganisation bilden und unsere ganze Kraft der VRA Tirol zur Verfügung stellen.

VÖLKER DER GANZEN WELT, VEREINIGT EUCH, BESIEGT DIE USA-IMPERIALISTEN UND ALLE IHRE LAKAIEN! VÖLKER DER GANZEN WELT, SEID MUTIG, HABT MUT ZU KÄMPFEN, FÜRCHTET KEINE SCHWIERIGKEITEN, STÜRMT WELLE AUF WELLE VORWÄRTS, UND DIE GANZE WELT WIRD DEN VÖLKERN GEHÖREN! ALLE FINSTEREN MÄCHTE WERDEN RESTLOS VERNICHTET WERDEN!

(Mao Tse-tung)

Im Auftrag der Gruppe der Mehrheit im ZK der MLPÖ, Landesorganisation Tirol, mit revolutionären Grüssen

H.G., B.W.

* * * * *

"SCHON GEHÖRT?"

Das Organ der Bundeswirtschaftskammer "Die Presse" bemängelte am 2. April die "Qualität" der VP- und SP-Mandatare. Es rügt den VP-Vorstand, einen "Handelsvertreter" und einen "Lebensmittelkleinhändler" an aussichtsreicher Stelle nominiert zu haben, deren "fehlende Qualifikation für das Amt eines Gemeinderats... längst bekannt ist". Bei der SP sei "die Situation vielleicht noch schlimmer", denn sie lässt z.B. etliche Gemeinderätinnen, die "als schwach gelten" wiederwählen.

* Anders stehe es um die KP-Kandidaten, schreibt das Kapitalistenblatt. "So zählt denn auch der kommunistische Gemeinderat Josef Lauscher zur ersten Garnitur des Wiener Stadtparlaments, und sein freilich unfreiwilliges Ausscheiden wird allenthalben bedauert."

Da rannten die KP-Sekretäre mit der druckfeuchten "Presse" in der Hand und einem glückstrahlenden Lächeln auf den Lippen in der Stadt umher und riefen: "Schon gehört?"

Die "Volksstimme" druckt die Lobeshymne der "Presse" begeistert ab, muss aber zugeben: "Zweifelloos besteht die Gefahr (für die Kapitalisten, wie man sieht-Die Red.), dass die KPÖ im neuen Gemeinderat nicht mehr vertreten ist und somit auch Lauscher ausscheidet."

Man sieht also, wer die revisionistische Opposition braucht: nicht die Arbeiter, die für ihr "unfreiwilliges Ausscheiden" sorgen werden, sondern die Bourgeoisie die es ausdrücklich "bedauert"!

XX

Genossen! Gebt unsere Zeitung, nachdem ihr sie gelesen habt, weiter. Werbt neue Leser, das ist von grosser Bedeutung. Der Klassenkampf geht überall und in den verschiedensten Formen vor sich. Schreibt uns Berichte, arbeitet an der Zeitung mit.

DIE LESER SCHREIBEN

Ein unverwundlicher Genosse!

Drei Wochen war ich neuerdings wieder im Krankenhaus, Ihr seht also, des Jammers kein Ende in diesem Jammertal. Jammern hilft aber nichts; wo käme man da hin?

Per Erlagschein habe ich 200 Schilling auf Euer Postscheckkonto eingezahlt, S 100,- für Abo. und S 100,- für Betriebsauslagen, Spesen usw. Letzterer Betrag gilt nicht als Spende oder gar als Geschenk, sondern ist als Investition gedacht; denn ich will ja auch ein bisschen mitbeteiligt sein, wenn ich schon nimmer mithupfen kann, krankheitshalber. Sollte ich noch Schulden haben, dann schreibt mir. Ich will einen "sauberen Tisch" haben. Es geht mir nämlich gesundheitlich gar net gut, alle Tage kann es so weit sein, na, eh' schon wissen. Saubere Rechnung - gute Freunde; das war schon immer so.

"Der Kommunist" wird sehr gut redigiert. Eine Arbeiterzeitung hat es nicht notwendig, schlagerartig zu jonglieren à la Boulevardpresse; eine Arbeiterzeitung muss bei der Wahrheit bleiben, sonst verliert sie ihr Gesicht (Engels, Brief an die polnischen Genossen).

Wir sind hier vier Genossen, alte "Stalinisten", und haben auch einen Anhang bei den Sozialisten. Die KPÖ-Ortsgruppen in B. und O. bestehen dank unserer Tätigkeit nicht mehr, auch in der Stadt Salzburg haben wir fleissig Aufklärungsarbeit geleistet, und sie wird noch immer fortgesetzt.

Demnächst finden bei uns die Landtagswahlen statt. Auch die KPÖ kandidiert wieder; diesmal tritt sie an "zum letzten Gefecht", d.h. zur Liquidierung. Bald wird es aus sein mit der Sinekurenherrlichkeit und mit altem Drum und Dran an dieser faulen Sache bei der KPÖ. Ihre "Ideologen" beginnen sich bereits abzusetzen: Ernst Fischer und sein Mitarbeiter Marek. Die Ratten verlassen das sinkende Schiff. Die Renegaten hoffen, bei diesen Wahlen etwas zu erreichen. Es wird ihnen aber schwerlich gelingen. Buchstäblich pfeifen sie auf dem letzten Loch.

Beiliegend ein Aufsatz von Karl Marx aus dem Jahre 1847, in dem, wie Mehring schreibt, "das frömmelnde Geschreibe und Gerede" der Kleriker gegen den Kommunismus "gründlich abgetan" wurde. Ich würde empfehlen, diesen Aufsatz zu bringen. Er hat an Wert trotz seines Alters nicht verloren.

Proletarier aller Länder vereinigt euch!

F.P., Land Salzburg

Die Voraussage des Genossen F.P. aus Salzburg bezüglich der dortigen Wahlen hat sich vollauf bestätigt: Die Revisionisten haben fast 40 Prozent ihrer Stimmen von 1964 eingebüßt, und ihr Anteil an der Gesamtstimmenzahl ist von 1,17 auf 0,68 Prozent gesunken. Die revolutionären Arbeiter haben den parlamentarischen Schwindel der herrschenden Klasse zu durchschauen begonnen und die Wahlen boykottiert. Die Zahl jener, die den Urnen ferngeblieben sind, hat sich von 12,72 auf 15,68 %, das heißt um etwa drei Prozent aller Stimmberechtigten, erhöht. (Sogar die "Salzburger Nachrichten"

nannten die Wahlbeteiligung "unter dem Durchschnitt".)

Wir danken für den Auszug aus dem Marx-Artikel. Wir werden dieses Zitat in einer der nächsten Nummern des "Kommunist" bringen. Wenn unsere Zeitung als gut redigiert gilt, dann eben darum, weil unsere Leser durch Beiträge, Hinweise, Bemerkungen und Anregungen an ihrer redaktionellen Gestaltung aktiv mitwirken.

Die Redaktion.

Grenzprovokation

Wozu ich mich lange nicht entschliessen konnte, dazu hat mich der Grenzzwischenfall am Ussuri-Fluss gebracht. Ich breche mit der KPÖ und will zu euch kommen. Warum?

1. Noch nie habe ich erlebt, dass die österreichischen Zeitungen, das Radio und Fernsehen Propaganda für die Politik der Kommunisten machen. Jetzt ist das der Fall. Ein "Express" oder eine "Kronenzeitung" oder ein Hugo Portisch hat für mich nie die Wahrheit sagen können. Sie können es also auch nicht im Falle der bewaffneten Aktion am Ussuri. Wenn also im "Express" steht, die Chinesen seien über die Grenze gekommen, sind sie es nicht. Wenn die Boulevardpresse "Massakrierte" sieht, so sind die von ihr Angegriffenen für mich die Richtigen. Das ist Hitlerpropaganda, so will man die eigene Aggression maskieren. Traurig, dass das alles aus Moskau kommt.

2. Ich will gar nicht abstreiten, dass ich zu denen gehört habe, die den Einmarsch in der CSSR begrüsst haben. Ich habe geglaubt, dass es so richtig ist. Ich habe aber auch geglaubt, dass dann auch die Bundespräsidentenwahl in Westberlin verhindert wird. Aber da war auf einmal nichts los. Da liegt meiner Ansicht nach der Hund begraben. In Berlin hat man viel geredet. Und als Ausrede, dass man nichts getan hat, wurde der "Grenzzwischenfall" mit China inszeniert.

3. Es war meine Ansicht, dass die Amerikaner auf Grund der Stärke des kommunistischen Weltlagers nachgeben müssen. Darauf habe ich auch zurückgeführt, dass es zu Gesprächen zwischen Moskau und Washington gekommen ist. Dass man aber auf einmal nur mit den Amerikanern reden kann, und es mit den Chinesen zu Schiessereien kommt, kann nicht stimmen. In Amerika regieren ja die Kapitalisten - mit denen kann man reden? Und die chinesischen Kommunisten sind auf einmal so schlecht geworden, dass geschossen werden muss?

....., ich kann das alles nicht mehr schlucken. Vielleicht könnt ihr einen Genossen zu einer Aussprache zu mir schicken.

W.J. Wien

Ständige Arbeit für die revolutionäre Sache

Die bestellte Literatur und die Mao-Abzeichen habe ich erhalten; das Geld dafür zahle ich heute ein. Wenn ich weiteres Material brauche, werde ich mich wieder melden.

Bei uns hier geht die Arbeit kontinuierlich weiter. Wir versuchen alles zu machen, was irgendwie im Bereich des Möglichen liegt. Wir halten kleine Diskussionen ab, verteilen und kolportieren Material und versuchen unsere Basis zu vergrössern. Ein Aktionsgebiet für mich ist auch die Berufsschule, die ich besuche. Dort habe ich schon Diskussions- und Vortragsabende organisiert.

Mit der Hoffnung, dass auch bald wieder einmal "Funke" erscheint grüsse ich Euch.

Rot Front!

H.R. Kärnten

Holt Sessel ab!

... Die Zeitung ist sehr aufschlussreich und wird immer besser. Schönen Dank dafür. Die Zustände werden es aber nicht. Der Kampf wird immer schwerer, aggressiver. Ich möchte Euch bitten, dass Ihr von mir zwei braune Sessel und ein Bücherregal abholt, wo Ihr doch jetzt ein Lokal habt. Die vorletzte Nummer der Zeitung habe ich weitergegeben, vielleicht könnt Ihr mir eine weitere schicken. Da darin die Adresse des Lokals war, teilt mir diese ebenfalls mit. Habe Anfang dieses Monats 100.- Schilling aufgegeben, die werdet Ihr wohl schon haben? ...

F.H. Wien

Herr Treitl!

23. 2. 1969

Sie bekommen eine einzige Warnung. Bei Wiederholungen ihrer Agitationen haben Sie mit Liquidierung zu rechnen.

Der "Funke" ist Gott sei Dank im August 1968 gefallen und ist die Vernichtung des roten Verbrecherresponsoriums nur mehr eine Frage der Zeit.

Kommunisten sind Landräuber, Frauenschänder, Massenmörder Proletarierverbrecher dreckschweine, Weltokkupanten. Ihre Helfer Zionale Klero-Kapitale.

Wir sind keine verblendeten Pfaffen die mit 1945-Bestien Dialoge führen und die ihr später an das Kirchentor zu nageln gedenkt: Wir kennen nur einen Grundsatz: Ein toter Kommunist ist ein guter Bolschewist!

"Kein Mitleid, Keine Gnade, Kein Erbarmen für Sozialistisch-Kommunistische Bolschewistische Untiere".

Das Blut der Unschuldigen v. 1945 schreit millionenfach um Rache zum Himmel, wir rächen Sie!

Tschechische Mordbanditen verbrannten 1945 Deutsche, jetzt müssen sie sich selbst verbrennen So ergeht es Kommunisten!

"Der eiserne Besen"
(Freikorps Wien)

Dieser buchstabengetreu wiedergegebene Brief zeigt eines: Daß die alten und neuen Nazi, wenn sie auch noch so primitiv sind, genau wissen, wem sie bedrohen, wem sie angreifen müssen. "Wenn der Feind uns bekämpft, ist das gut und nicht schlecht", sagt Mao Tse-tung. Diese Papiertiger-Drohungen werden uns aber nicht erschüttern. Die immer stärker und deutlicher werdenden faschistischen Tendenzen sind aber eine bessere Antwort als alles andere auf den Wahlslogan der KPÖ-Führung, "Zur Demokratie gehört eine Opposition - daher wählt KPÖ". "Demokratie Österreich", nun auch entdeckt von der KPÖ-Führung!

* *

Die Redaktion.

Nicht nur Bekenntnis - aktive Mitarbeit!

Ich habe die Einladung für den 29. März 1969, zu der wichtigen und durchaus notwendigen Aussprache über die politische Lage und den 1. Mai erhalten. Es ist richtig, allein mit Bekenntnissen wird die verfaulende kapitalistische Gesellschaft nicht zum Abdanken gezwungen, denn nur mit der von Euch vorgezeigten Gewalt wird es den arbeitenden Menschen gelingen, diese Bande für immer zu vernichten. Um rascher zu einer "Welt von Menschen" zu kommen, ist die aktive Zusammenarbeit aller zielbewußten revolutionären Arbeiter erforderlich.

Leider bin ich zu diesem Zeitpunkt nicht in Wien, werde aber meine Arbeit für die Sache unserer Vereinigung Revolutionärer Arbeiter stets weiter fördern und zu den Menschen tragen. Den Betrag für meinen Sessel habe ich aber schon abgeschickt.

Bitte nicht zu vergessen, daß schon am 27. April die Gemeinderatswahlen durchgeführt werden; es sollen zeitgerecht die Weisungen für unser Verhalten bei diesen Wahlen mitgeteilt und eventuell mit Flugschriften in die Massen getragen werden.

L. W. Wien

An die Leser!

Diese Nummer war bereits redaktionell abgeschlossen und in Druck gegeben, als der 9. Parteitag der KP Chinas eröffnet wurde. Wir werden über diesen überaus bedeutsamen Parteitag in der nächsten Nummer ausführlich berichten.

Die Redaktion.

ALBANIEN

1969 ist Jubiläumsjahr

Der 25. Jahrestag der Befreiung Albaniens wird am 29. November 1969 gefeiert werden. Um diesen Gedenktag festlicher zu gestalten, hat das ZK der Albanischen Partei der Arbeit beschlossen, das Jahr 1969 zum Jubiläumsjahr zu erklären.

Die Feier des grossen Jubiläums, der vor 25 Jahren erfolgten Befreiung, soll dazu dienen, die glorreiche Periode des nationalen Befreiungskampfes und die grossartigen Siege der Volksrepublik Albanien aufzuzeigen, während der die Volksrepublik im Zeitraum eines Vierteljahrhunderts in ein starkes, blühendes, sozialistisches Land mit einer entwickelten Industrie und einer leistungsfähigen Landwirtschaft umgewandelt wurde. Die Menschen dieses Landes verfügen über eine hohe sozialistische Erziehung, über ein starkes Klassenbewusstsein und führen die sozialistische Revolution ihrem völligen Siege entgegen.

Während der 7. Sitzung der 6. albanischen Volksversammlung führte der stellvertretende Vorsitzende, Adil Carcani, den Abgeordneten die Einzelheiten des Staatsplanes für das Jahr 1969 vor Augen. Er sagte: "Der Plan und das Budget für 1969 zeichnen sich durch eine Vergrößerung der Wachstumsrate aus, begleitet von einer wesentlichen Erweiterung der zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel. Diese Erweiterung ist zur Ausführung der Direktiven des ZK zum Ausbau der Produktionsmittel, zur vollständigen Elektrifizierung des Dorfes, für den Wohnbau, zur Stärkung der Verteidigungskraft und zur Lösung verschiedener anderer Aufgaben nötig. Gleichzeitig werden alle Massnahmen zur Verbesserung des Lebensstandards der werktätigen Massen in Stadt und Land ergriffen."

Der Ministerrat hält es für notwendig, der Volksversammlung mitzuteilen, dass die Durchführung dieser Pläne durch die jüngsten wirtschaftlichen Übereinkommen mit der Regierung der Volksrepublik China gesichert ist. Diesem Abkommen gemäss wird Albanien im Zeitraum 1969/75 einen grossen zinsenlosen Kredit von der VR China erhalten, mit dessen Hilfe dreissig wichtige Projekte realisiert werden können, die eine sichtbare Verbesserung der wirtschaftlichen Struktur des Landes mit sich bringen werden. Das Übereinkommen ist eine weitere Manifestation der Freundschaft zwischen den beiden Völkern und den beiden Parteien."

Der Zentralrat der albanischen Gewerkschaften hielt am 21. und am 22. Jänner 1969 seine Plenarsitzung ab, während der die bisherigen Erfolge in der Erreichung der angestrebten Arbeiterkontrolle und die noch offenen Aufgaben diskutiert wurden.

Genosse Tonin Jakowa, Generalsekretär des Zentralrates, berichtete im Verlauf der Sitzung, dass die bedeutsame Idee Enver Hodschas, die Idee von der Klassenkontrolle, von den arbeitenden Massen begeistert begrüsst wurde und dass bereits eine Kampagne zu ihrer Verwirklichung gestartet wurde. Das zeigt, dass die Arbeiterklasse Albaniens immer lebhafter von der Idee ergriffen wird und wie bedeutsam die von der Partei ergriffenen Massnahmen für die Revolutionierung des gesamten nationalen Lebens sind; dass sie dazu geeignet sind, alles aus dem geistigen Überbau zu entfernen, was einer Wiedergeburt des Revisionismus und des Kapitalismus dienen könnte.

Arbeiterkontrolle bedeutet Einflussnahme auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens, sei es nun auf dem politischen, ideologischen, sozialen, kulturellen Sektor oder auf dem der Erziehung und der Produktion.

Während die Arbeiter die Kontrolle ausüben, müssen sie ihr eigenes Bewusstsein ständig durch das Studium des Marxismus-Leninismus vertiefen.

Es lebe der Befreiungskampf der Völker

Auch in Brasilien hatte sich nach dem Verrat der Revisionisten die revolutionäre Arbeiterbewegung neu zu formieren. Die Kommunistische Partei Brasiliens hat die rote Fahne des Marxismus-Leninismus, der Ideen Mao Tse-tungs hoch erhoben und führt einen entschiedenen Kampf gegen den Revisionismus und den Imperialismus.

Die Verordnung Nr.5 wurde am 13. Dezember 1968 erlassen; mit ihrer Hilfe löste die Militärregierung den Bundeskongress und einige Landesversammlungen auf, entkleidete viele Abgeordnete ihrer Rechte und verhaftete zahlreiche Arbeiter, Studenten, Intellektuelle und Personen anderer Gesellschaftsschichten.

Mit diesem Akt haben die Militärmachthaber den Weg der völligen Willkür beschritten. Wie "A Classe Opararia" ausführt, ist die Verordnung Nr.5 als Ergebnis einer gänzlichen Diskreditierung der Regierung, des totalen Bankrotts ihrer Politik und der Angst vor der Entwicklung des Volkskampfes zu betrachten. Der herrschenden Clique bleibt zur Erhaltung ihrer Macht keine Alternative als die Anwendung brutaler Gewalt.

Wie weiter ausgeführt wird, hat sich die Lage im Lande seit dem Staatsstreich wesentlich verschlechtert; Brasilien ist tief verschuldet und von den USA noch abhängiger als früher. Die wirtschaftliche und finanzielle Krise schreitet fort und tiefe Unzufriedenheit hat breiteste Bevölkerungskreise ergriffen.

Trotz des brutalen Vorgehens des Diktaturregimes und seiner Versuche, den Kampf des Volkes mit Eisen und Feuer zu unterdrücken, sind die Volksmassen nicht eingeschüchtert und nicht bereit, den willkürlichen Praktiken der Militärs nachzugeben.

Die anschwellende Volksbewegung hat die inneren Konflikte der herrschenden Gruppe verstärkt und das Unbehagen in bestimmten Kreisen der herrschenden Klasse vertieft; mit einem Wort, die Diktatur Costa de Silvas steht einer schweren politischen Krise gegenüber. So richtet sich die Verordnung Nr.5 wohl in erster Linie gegen die Volksbewegung, in gewisser Hinsicht auch gegen eine Opposition innerhalb der herrschenden Klasse.

Diese Verordnung hat breiten Massen der Bevölkerung klar vor Augen geführt, dass sich die Macht in den Händen einer Militärclique befindet, die enge Verbindungen mit dem Pentagon hat. Die Wurzel der Krise liegt in der Verschärfung der Widersprüche zwischen der Majorität des Volkes und dem amerikanischen Imperialismus und seinen Helfern im Lande; es ist daher anzunehmen, dass die Kampfkraft der Massen ein neues Niveau erreichen wird.

Die Unterdrückung durch das Diktaturregime ist in keiner Weise in der Lage, die Massenbewegung gegen Diktatur und US-Imperialismus hintanzuhalten; das Volk hat während der letzten Jahre gezeigt, dass es die reaktionären Brutalitäten nicht fürchtet und entschlossen ist, für Freiheit und nationale Unabhängigkeit zu kämpfen.

Die KP-Brasiliens ruft das Volk auf, seinen Kampf gegen die Diktatur und gegen den US-Imperialismus zu verstärken und Costa de Silva und seiner Clique keine Atempause zu gewähren. Sie erklärt, dass es notwendig ist, die Einigung jener breiten Massen zu erreichen, die unter dieser Regierung nicht leben wollen, die nicht bereit sind, das Joch der Monopole länger zu ertragen.

Arbeiter, Bauern und Studenten müssen den Kampf gegen den Hunger, für die Freiheitsrechte, für die Entlassung der politischen Gefangenen, für die Aufhebung der Zensur und gegen die steigenden Preise entfalten.

Das brasilianische Volk kann sich nicht ohne bewaffneten Kampf von den Fesseln der Unterdrücker befreien. Wenn die Menschen nicht wie Sklaven unter den Fersen faschistischer Generäle leben wollen, müssen sie die Waffen aufnehmen und dem Feind damit begegnen.

Der KP-Brasiliens fällt die Aufgabe zu, Vortrupp zu sein.

BETRIEBSBESETZUNGEN ZUR SICHERUNG DES ARBEITSPLATZES

Vicenza, 13. Februar. (Eigenbericht) Seit drei Monaten halten nun die 5.000 Textilarbeiter von Valdagno und Maglio die Betriebe des grössten italienischen Wollkonzerns "Marzotto" besetzt, um ihre Forderungen nach zusätzlichen Produktivitätsprämien (70.000 Lire je Arbeiter für 1968/69), nach Sicherung des Arbeitsplatzes und nach Anerkennung ihres uneingeschränkten Rechtes auf Abhaltung von Betriebsversammlungen durchzusetzen.

Schon im Frühling vorigen Jahres kämpften die Arbeiter einen Monat lang erbittert gegen die Einführung eines neuen Akkordsystems, das die Ausbeutung enorm steigern und überdies ihre Reihen aufspalten und einen Personalabbau ermöglichen sollte. Bei einer stürmischen Demonstration am 19. April wurde auf dem Marktplatz die Statue des "Industrie Gründers" Graf Vittorio Emanuele Marzotto vom Sockel gestürzt, es kam zu heftigen Zusammenstößen mit der Polizei, die zahlreiche Arbeiter verhaftete. Einen Monat, nachdem die revisionistisch-reformistischen Gewerkschaftsböden ein verräterisches "Abkommen" mit den Unternehmern ausgepackelt hatten, traten die Arbeiter (am 15. Juni) abermals in den Streik aus Protest gegen die unmenschliche Antreiberei und gegen die Weigerung der Direktion, sogar die von ihr im Abkommen zugestandene Prämie von 31.000 Lire (für 5 Monate "Eingewöhnung") voll auszuzahlen. Nochmals gelang es den Böden, den Kampf abzuwürgen, doch seit November kam es immer wieder zu Streiks bis die Arbeiter am 24. Jänner zu der altbewährten Kampfform des italienischen Proletariats, der Betriebsbesetzung, griffen.

Dieser Kampf der Textilarbeiter von Valdagno wurde vom ersten Tag an auch von fortschrittlichen Studenten der Provinz Vicenza und der Nachbarprovinzen, unter ihnen Marxisten-Leninisten, durch Sympathiekundgebungen unterstützt. Am 30. Jänner traten die Arbeiter von Valdagno und Umgebung zum Zeichen der Solidarität mit den Marzotto-Arbeitern in den Generalstreik. Auch alle Läden der Stadt waren geschlossen. 7.000 Werktätige demonstrierten vor dem Rathaus. Viele Arbeiterkinder schlossen sich der Demonstration an. Sie trugen Plakate mit Aufschriften wie: "Mama, halte durch im Kampf!" und "Papa, gib nicht auf, ich stehe an deiner Seite!" Am 7. Februar errichteten die Streikenden Strassensperren rings um die Stadt und unterbrachen den Verkehr mit der Aussenwelt. Viele Arbeiter demonstrierten mit Porträts Mao Tse-tungs in der Hand und riefen in Sprechchören "Revolution! Revolution!". Am folgenden Tag wurde in der ganzen Region Venetien ein Generalstreik zur Solidarität mit den kämpfenden Textilarbeitern durchgeführt. Aus allen Teilen der Region trafen in Valdagno Abordnungen von Arbeitern und Studenten ein, die gemeinsam mit den Streikenden machtvolle Strassendemonstrationen abhielten. Am 12. Februar veranstalteten mehr als 4.000 Marzotto-Arbeiter einen Protestmarsch in die fünf Kilometer entfernte Provinzhauptstadt, wo anschliessend eine mächtige Strassenkundgebung stattfand, an der sich 10.000 Personen beteiligten. Die Zahl der Streikenden ist inzwischen durch Anschluss weiterer Konzernbetriebe auf 7.000 angestiegen.

Vor einigen Monaten haben es die 850 Arbeiter der Marzotto-Fabrik in Pisa durch Besetzung des Betriebes erreicht, dass seine vom Unternehmer beabsichtigte totale Stilllegung verhindert wurde. Die Regierung sah sich gezwungen, den Betrieb zu beschlagnahmen und seine Weiterführung zu sichern.

In ähnlicher Weise haben die 250 Arbeiter eines Werkes für elektrotechnische Ausrüstung (Scotti e Brioschi) in Novara nach einer 70-tägigen (!) Betriebsbesetzung durchgesetzt, dass sich die Regierung verpflichtete, durch zusätzliche Auftragserteilung allen Beschäftigten den Arbeitsplatz zu erhalten.

Frage der Redaktion: Sollte das für die Arbeiter der ELIN-Weiz und der bedrohten Betriebe in Floridsdorf und Stadlau nicht eine beherzigenswerte Lehre sein?



Italienische Arbeiter im Kampf. Sie demonstrieren, geleitet von den Ideen Mao Tse-tungs.

Internationale kommunistische Bewegung

ERFOLG IN HOLLAND

Aus Holland erreichte uns folgender Brief:

Amsterdam, 19. März 1969.

Liebe Genossen,

am 2. März 1969 wurde auf einer in Utrecht, Holland, abgehaltenen Versammlung der Bund Holländischer Marxisten-Leninisten gegründet. Das Ziel des Bundes ist es, die Bildung einer Marxistisch-Leninistischen Kommunistischen Partei Hollands vorzubereiten, die für den Sturz des Kapitalismus und die Errichtung des Sozialismus in Holland kämpfen wird. Der Bund Holländischer Marxisten-Leninisten wirkt für die Propagierung des Marxismus-Leninismus, der Ideen Mao Tse-tungs, unter dem holländischen Volk und beteiligt sich am Kampf gegen den Imperialismus, an dessen Spitze der US-Imperialismus steht, und gegen den Revisionismus, dessen Zentrum die herrschende Revisionistenclique der Sowjetunion bildet.

Die Initiative zur Gründung des Bundes Holländischer Marxisten-Leninisten wurde vom Redaktionskollektiv der Monatsschrift "De Rode Vlag" ("Die Rote Fahne") ergriffen. Diese Zeitung begann den Kampf gegen den modernen Revisionismus sowohl in Holland wie im Ausland, als ihre Herausgeber und Redakteure noch Mitglieder der revisionistischen KP Hollands waren. Sie wurde von den revolutionären Mitgliedern der revisionistischen Partei wie auch von anderen fortschrittlichen Menschen unterstützt. "De Rode Vlag" ist zum Organ des neugegründeten Bundes geworden.

Die Gründer des Bundes nahmen eine Deklaration an, in der es heisst:

"Am Ende des zweiten Weltkriegs nahm die allgemeine Krise des Kapitalismus solche Ausmaasse an, dass seither der völlige Zusammenbruch des Kapitalismus auf der Tagesordnung steht.

Die Führer der kommunistischen Parteien in Westeuropa, einschliesslich der holländischen, machten jedoch ernste Fehler, die es dem Imperialismus ermöglichten, sich vorübergehend zu erholen.

In China kämpfte die Kommunistische Partei unter der Führung Mao Tse-tungs gegen solche opportunistische Auffassungen und errang dank der konsequenten marxistisch-leninistischen Politik im Jahre 1949 den Sieg.

Der moderne Revisionismus, der eine gewaltige Hilfe für den Imperialismus bedeutet, begann in der Sowjetunion den Sozialismus zu liquidieren, der unter der Führung Lenins und Stalins aufgebaut worden war.

Die von Mao Tse-tung geführte Kommunistische Partei Chinas leistet einen entscheidenden Beitrag im Kampf gegen Imperialismus und Revisionismus.

Der beharrliche Kampf der Kommunistischen Partei Chinas half den Marxisten-Leninisten in der ganzen Welt, einen klaren ideologischen Trennungsstrich zwischen dem Marxismus-Leninismus und dem modernen Revisionismus zu ziehen. Auf die Jahre der ideologischen Trennung folgt jetzt die organisatorische Trennung.

Auch in unserem Land ist es unmöglich, den Kapitalismus zu stürzen, ohne den Revisionismus besiegt zu haben.

Die Führer der revisionistischen KP Hollands haben den chruschtschowschen Revisionismus in die Partei hineingetragen.

Um ihre Kommandogewalt über die Partei nicht zu verlieren, haben sie in letzter Zeit zu "linken" Phrasen Zuflucht genommen, besonders in bezug auf internationale Probleme. Aber weder ihre "linken" Phrasen noch ihre scheinrevolutionären Aufrufe an das Volk können die Tatsache verhüllen, dass die revisionistische Führung den Klassenkampf fürchtet und verrät.

Früher oder später wird die proletarische Revolution stattfinden und notwendigerweise siegreich sein. Dieser Sieg wird nicht auf parlamentarischem Weg errungen werden.

Auf der Grundlage des Klassenkampfes werden die Marxisten-Leninisten sozialistisches Bewusstsein in den Kampf der Arbeitermassen hineinbringen und ihn auf das Niveau eines politischen Kampfes heben müssen, der die Zerschlagung der kapitalistischen Staatsgewalt und die Errichtung der Diktatur des Proletariats über die Kapitalistenklasse, der Volksdemokratie, zum Ziele hat."

Zentralkomitee des Bundes
Holländischer Marxisten-Leninisten

Unsere Antwort an die holländischen Genossen::

An das Zentralkomitee des
Bundes Holländischer
Marxisten-Leninisten

Wien, 25. März 1969

Werte Genossen!

Wir danken Euch für Eure Mitteilung vom 19. März 1969 über die Gründung des Bundes Holländischer Marxisten-Leninisten und die auf der Gründungsversammlung vom 2. März angenommene Grundsatzklärung.

Wir beglückwünschen Euch zu diesem bedeutsamen Schritt vorwärts in der Entwicklung der marxistisch-leninistischen Bewegung Hollands und wünschen dem Bund Holländischer Marxisten-Leninisten beste Erfolge in seinem Kampf.

Es leben die siegreichen Ideen von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tse-tung!

Es lebe der proletarische Internationalismus!

Mit kommunistischem Gruss

Die Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs
(Marxisten-Leninisten)